



Die Niederlande setzen Luxemburg mit einer deutlichen Steuersenkung und der Abschaffung der Dividendensteuer unter Druck. Neben Irland und Belgien rüstet sich das Land wie hier im Businessviertel Amsterdams gegen die Folgen einer neuen internationalen Steuerlandschaft. (PHOTO: GETTY IMAGES)

Mit harten Bandagen

Die Niederlande, Irland, Belgien und Luxemburg stehen in heftiger Steuerkonkurrenz zueinander

VON LAURENT SCHMIT

In zwei Jahren könnten die Unternehmenssteuern in Belgien geringer als in Luxemburg sein. Die Länder überbieten sich gerade mit neuen steuerlichen Lockangeboten gegenüber Konzernen. Auch Luxemburg müsse sich bewegen, fordern Experten.

Der Kampf gegen die Steuervermeidung von Konzernen beginnt, Früchte zu tragen. Mehr und mehr Schlupflöcher werden in den kommenden Jahren geschlossen, weil neue Regeln über das Beps-Programm der OECD und EU-Richtlinien gegen Steuervermeidung in Kraft treten. Die Unternehmen haben also weniger Möglichkeiten, ihre Gewinne kleinzurechnen.

Besonders im Fokus stehen dabei die Niederlande, Irland, Belgien und Luxemburg, die dafür bekannt sind, Konzernen ein günstiges Steuerumfeld zu bieten. In manchen Fällen war es zu vorteilhaft, meint dagegen die EU-Kommission, die gegen die vier Länder Verfahren wegen Staatsbeihilfe eröffnete. Die „fieseren Vier“ nennt sie der Oxfam-Steuerexperte Francis Weyzig.

Niederlande und Belgien senken Steuersätze drastisch

Die Regeln ändern sich, doch wer glaubt, dass die Einnahmen der Staaten dadurch steigen werden, täuscht sich. Zwar wird die Grundlage steigen, auf der die Steuern berechnet werden. „Das Ziel von Beps ist ein transparenteres Steuersystem“, betont Georges Bock, der Leiter der KPMG-Steuerabteilung. Auch die OECD erkläre, dass dadurch die Steuersätze sinken würden, so Bock weiter. Genau diesen Weg gehen bereits die Niederlande und

Belgien, während Irland mit einem Steuersatz von lediglich 12,5 Prozent kaum Spielraum hat. Besonders der Vergleich zwischen Luxemburg und den Niederlanden ist frappierend: „2002 hatte Luxemburg einen Steuersatz von 30,4 Prozent und die Niederlande lagen bei 34,5. Heute sind die Niederländer bei 25 Prozent und Luxemburg bei 26“, erklärt der Wirtschaftsberater der Handelskammer Muriel Bouchet.

Und die neue niederländische Regierung hat den nächsten Schritt bereits beschlossen: Der Satz soll graduell auf 21 Prozent sinken. Belgien führt einen noch tieferen

„In Luxemburg fehlt eine klare Ansage, wohin die Reise geht.“

Georges Bock, KPMG

Schnitt durch: von 33,99 geht es auf 25 Prozent im Jahr 2020.

Künftige Regierung steht vor Herausforderung

„In Luxemburg fehlt eine klare Ansage, wohin die Reise geht“, beklagt Georges Bock. Finanzminister Pierre Gramegna hat zwar eine weitere Reform in Aussicht gestellt, sobald die Auswirkungen der neuen Regeln gegen Steuervermeidung deutlicher werden.

„Noch müssen die Unternehmen abwarten, wie die EU-Richtlinien gegen Steuervermeidung in den Ländern genau umgesetzt werden“, erklärt Jean Schaffner, der bei Allen&Overy die Steuerabteilung leitet. Tatsächlich könnte es eines der ersten Dossiers der künftigen Mehrheit sein, die sogenannte Atad-Richtlinie in Luxemburger Recht zu gießen, meint Georges Bock. Die neuen Regeln treten am 1. Januar 2019 in Kraft. Schaffner fordert eine minimale Umsetzung, damit eine gewisse Flexibilität gewahrt bleibe.

Zusätzlich haben die Experten eine lange Wunschliste an Maßnahmen, um Luxemburg im Steuerwettbewerb besser zu positionieren. Die Politik solle sich in Richtung eines Steuersatzes von 21 Prozent bewegen, da dies dem Medienwert in Europa entspreche, betont Bouchet.

Wie die Niederlande soll auch Luxemburg die Quellensteuer auf Gewinnausschüttungen abschaffen, forderte die Handelskammer in ihrem Gutachten zum Haushaltsgesetz. Zwar falle die Steuer in vielen Fällen nicht an, betont Georges Bock. Doch das sei schwer, den Unternehmen klar zu machen, so Bock weiter. Falls man hierzulande nicht nachziehe, werde Luxemburg die Folgen des niederländischen Schritts spüren, meint er.

Georges Bock verlangt nach einer deutlichen Vereinfachung des Steuersystems. Die Vermögenssteuer und die Gewerbesteuer würden der Wettbewerbsfähigkeit schaden, meinen die zitierten Experten übereinstimmend. Die Vermögenssteuer solle einfach abgeschafft werden, lautet die Forderung, denn sie existiere in kaum einem anderen Land, so Bouchet. Die Gewerbesteuer solle mit der Körperschaftssteuer zusammengelegt werden, meint Bock. Nachdem der Staat mit der Steuerreform einen Schritt gemacht hätte, müssten nun die Gemeinden nachziehen und die von ihnen festgelegte Gewerbesteuer senken, fordert Schaffner.

Und wer finanziert das? Einerseits würden die neuen Regeln mehr Steuern einbringen, meint Bock. Schaffner sieht dagegen vor allem Sparpotenzial beim Staat und den Gemeinden. Eine drastische Erhöhung der Grundsteuer sieht Bouchet als mögliche Ersatzquelle.



EU-Kommissarin Vestager ist der Schreck für die „fieseren Vier“. Sie setzt auf juristischen Druck, um die Steuerpolitik umzukrempeln. (PHOTO: AFP)